

STREIK-REGRESS

Den Judaslohn zurück

Im hessischen Dörfchen Crumstadt wird der Schlosser Franz Zillich jetzt schneller in sein neues Einfamilienhaus einziehen können, als er es je geträumt hat. Der sechsfache Flüchtlingsvater zählt zu den Betriebsangehörigen des Preß- und Stanzwerkes Jakob Faulstroh in Groß-Gerau, dem ein Gericht zum ersten Male in der deutschen Streikgeschichte zum Ersatz des Schadens verhalf, den Gewerkschafts-Streikposten durch das Abhalten Arbeitswilliger verursacht hatten.

Von den 6000 DM, die die beklagte Industrie-Gewerkschaft Metall im Wege des Vergleichs an die Firma Faulstroh zahlte, bekam Franz Zillich mit elf anderen baulustigen Kollegen einen Barzuschuß von 400 DM für sein Haus von der Firma geschenkt. Seitdem denken Zillich und seine elf Baugenossen doppelt gern an den Herbststreik vorigen Jahres zurück, in dem die hessische Industrie-gewerkschaft Metall nach vierwöchigem Streik eine Erhöhung des Stundenlohnes um durchschnittlich 6,6 Pfennig erzielte. 12 Pfennig hatte sie gefordert.

Es begann in den Morgenstunden des 25. August 1951, als ein Lautsprecherwagen der Gewerkschaften auch in Groß-Gerau für die Zeit ab Montag, dem 27. August, zum Feiern aufrief. Aber an jenem Montag zeigte sich schon, daß sich die Faulstroh-Leute um die Streikparole nicht viel zu kümmern gedachten. Von fast 700 Werksangehörigen fehlten am Morgen ganze elf.

Das lag unter anderem daran, daß die beiden Werkchefs, Otto und Albert Faulstroh, vorgebaut und ihren Leuten Mut eingefloßt hatten. Als Zulieferanten für die Großindustrie, darunter Ford und Opel, waren sie um Argumente nicht verlegen: „Wenn Faulstroh streikt, freuen sich die Schwaben, weil sie dann unsere Aufträge bekommen“, hatten sie ihre Arbeiter gewarnt.

Und zu allem Überfluß stand auch noch die neue Pressen-Halle im Werk II jenseits des Bahnhofs gerade kurz vor der feierlichen Einweihung, aus welchem Anlaß die Firma Faulstroh ihren Arbeitern doch dies und das zukommen lassen wollte.

So kam es, daß die Belegschaft auch noch am zweiten und dritten Streiktag früh um halb sieben fast vollzählig die Werkstore passierte.

Dem Chef der IG-Metall, Walter Freitag, und der DGB-Bezirksleitung Frankfurt, schwollen indessen schon die Zornesadern ob der rebellischen Groß-Gerauer. Zunächst wurde ein zweiter Lautsprecherwagen mobil gemacht. „Legt die Arbeit nieder“ und „Zahlt Faulstroh den Judaslohn zurück“ hallte es nun von morgens früh bis abends durch alle Wände und Ritzen.

Dann traten Kommunisten und FDJler mit Plakaten und Spruchbändern auf den Plan: „Von was baut Faulstroh seine Villa? Von dem Euch vorenthaltenen Lohn!“ Dazwischen FDP-Jungdemokraten mit Schildern um den Bauch: „Wir schützen die Streikbrecher!“

Faulstrohs Mannschaft aber schloß die Augen und Ohren und arbeitete weiter. Auch die ersten mit drei Gewerkschafts-Omnibussen von auswärts herbeigeholten Streikposten konnten sie nicht daran hindern. Bis die IG-Metall die Sache zentral in die Hand nahm.

Am vierten Streiktag kamen die Streikkommandos aus allen Himmelsrichtungen angefahren: von den MAN-Werken in Gustavsburg, von der Telefonbau- und Normalzeit Urberach, von Darmstadt, Langen und Wixhausen aus bis zu 40 Kilometern Entfernung. Aber dennoch schafften nur 60 Faulstrohleute an diesem Tage nicht den Weg durch das Tor.

Am nächsten Morgen, punkt 6 Uhr, eine halbe Stunde vor Arbeitsbeginn, standen fast 600 ortsfremde Streikposten vor den Werkstoren bereit. Aber je länger sie warteten, desto länger wurden ihre Gesichter, denn die Faulstroh-Direktoren hatten sie hereingelegt: sie hatten den Arbeitsbeginn für diesen Tag kurzfristig



Ob die Firma bestreikt wird
Metallarbeiter-Chief Walter Freitag

um eine volle Stunde auf 5.30 Uhr vorverlegt, und es waren längst alle Arbeiter im Werk.

Unverrichteter Dinge zogen die DGB-Mannschaften nach einigem Krawall wieder ab. So beleidigt, daß sie nicht mehr wiederkamen. Fünf Tage lang lief die Faulstrohproduktion darauf wieder auf vollen Touren. Dann aber gab es Großalarm.

Im Rüsselsheimer Opel-Werk, zehn Kilometer von Groß-Gerau entfernt, hatten 20 000 Arbeiter noch bis zum Donnerstag der zweiten Streikwoche geschafft. Am Freitag, dem 7. September, zogen sie dann noch schnell aufs Lohnbüro, Geld holen, und dann marschierten eineinhalbtausend Opelaner zu Fuß, per Fahrrad oder motorisiert in Richtung Groß-Gerau.

Die Brüder Faulstroh in Groß-Gerau wußten, daß der Trick mit der Vorverlegung des Arbeitsbeginns nur einmal funktionieren konnte. So dachten sie sich für den anbrechenden Samstag etwas Neues aus: sie setzten Urlaub an.

Das störte die Opelaner nicht: Weit über eintausend Mann umstellten am

Morgen das Werk und blockierten selbst die Privattore. Denn nur wer einmal bei Faulstroh Posten gestanden hatte und einen entsprechenden Stempel mit nach Hause brachte, hatte später in Rüsselsheim Anspruch auf Streikgeld.

Am Montag das gleiche Bild: draußen Postenketten, drinnen Arbeitsruhe. Als die Streikposten abends absohnen, setzte die Werksleitung eine Nachtschicht an, mit dem Erfolg, daß die Streikwachen am nächsten Abend nicht mehr nach Haus gingen.

Von diesem Dienstag der dritten Streikwoche ab wurden die beiden Faulstroh-Werke Tag und Nacht ununterbrochen bestreikt. Niemand kam mehr hinein und die Übernachtschicht nicht mehr heraus. Nur über Mauern und Zäune gelangten einige Arbeiter bei Nacht ins Freie.

Die anderen bauten sich in der Fabrik Pritschen für die Nacht, und einige Lehrlinge aus der Schrauben-Abteilung kletterten bei Dunkelheit aufs Fabrikdach und bombardierten die Posten mit Schrauben.

Die vierzig Eingeschlossenen im Werk II ließen es sich inzwischen wohlergehen, denn die dort untergebrachte Werkküche hatte zufällig gerade geschlachtet. Die sechzig Mann im Werk I mit Zugang zur Faulstroschen Privatwohnung wurden indessen recht und schlecht von der Familie Faulstroh gepflegt, soweit die Faulstroh-Kinder die Brotrationen vom Bäcker sicher durch die Postenketten schmuggeln konnten.

Vergeblich versuchte Orts-, Kreis- und Landespolizei tagsüber immer wieder am Werkseingang eine Gasse durch die vielhundertköpfige Menschenblockade zu brechen, und das auch erst, nachdem das Werk wegen der zu schwachen Polizeikräfte beim Hessischen Innenministerium in Wiesbaden protestiert hatte. Hundertfünfzig Polizisten wurden schließlich in Groß-Gerau zusammengezogen.

Auch Kunden und Geschäftsfreunde der Firma Faulstroh gaben es bald auf, sich einen Weg durch die johlende Menge zu bahnen. Für sie hieß der gewerkschaftliche Empfangschor: „Faulstroh braucht nichts zu verdienen.“

Am Spätnachmittag des 12. September erschienen der Oberinspektor Massoth, Kreispolizeichef und erster Kreisvorsitzender der SPD, und Bürgermeister Dr. Lüdecke auf dem Streikschauplatz. Sie stellten fest, daß die Polizeikräfte noch immer nicht ausreichten. „Und dann zog sich die Gendarmerie unter dem Gelächter der Streikposten zurück“, erinnert sich Otto Faulstroh.

Am nächsten Tag rief der Darmstädter Gewerkschaftssekretär Wernath bei Faulstroh an: er wolle ja gern verhandeln, aber wie es denn um die 12 Pfennige bestellt sei. Faulstroh: „Da habe ich ihm geantwortet, unter diesen Umständen ließen wir uns nicht die Pistole auf die Brust setzen, und wenn der ganze Kram verreckt.“ Erfolg: Am Freitag standen wieder tausend Opelaner vor der Tür.

Während dieser Zeit wurde in Schönberg im Taunus und in Wiesbaden längst auf hoher Ebene zwischen dem Arbeitgeberverband der Metallindustrie und Walter Freitags Frankfurter IG-Metall verhandelt. Und noch an diesem Samstag erklärte der Gewerkschaftssekretär von der IG-Metall in Frankfurt in der Wohnung des Hessischen Ministerpräsidenten August Zinn in Wiesbaden: „Die Bestreikung der Firma Faulstroh wird am Montag eingestellt.“ Er hatte eingesehen, daß die Gewerkschaft im Fall Faulstroh auf Granit gebissen hatte.

Und genau so kam es. Während zwanzigtausend Opel-Arbeiter noch fast die ganze nächste Woche hindurch streikten, stieg die Firma Faulstroh in Groß-Gerau schon am Montag wieder mit drei Schichten — von

keinem Streikposten belästigt — in die Produktion.

„Und genau das war der größte Fehler der Gewerkschaften“, behauptet Otto Faulstroh heute, „denn damit hatten sie bewiesen, daß sie ihre Leute in der Hand hatten, daß sie unsere Belegschaft also bewußt am Arbeiten gehindert hatten.“

Kampfesfroh zog Faulstroh noch im Herbst zum Arbeitgeberverband und zum Rechtsanwalt, um die IG-Metall auf Schadenersatz zu verklagen. Die Rechnung war schnell aufgemacht:

- Von Januar bis August 1951 hatte die Firma Faulstroh einen monatlichen Durchschnittsumsatz von 576 000 DM. Im Streikmonat September setzte sie dagegen nur 462 000 DM um. Umsatzverlust im September: 114 000 DM. 5 Prozent dieser Summe hätten den Bruttoverdienst ergeben: 5705 DM Schaden.

Um trotz des Arbeitsausfalls die Lieferfristen einhalten zu können, mußte nach Streik-Ende außerdem in Überstunden gearbeitet werden. Schaden durch dabei gezahlte Lohnzuschläge: 1897 DM. Gesamtschaden daher: 7602 DM.

In ihrer Klage vor dem Arbeitsgericht Darmstadt pochte die Firma Faulstroh auf ein Urteil des Arbeitsgerichts Frankfurt aus dem Jahre 1950, das sich mit dem Frankfurter Transportarbeiterstreik von 1949 befaßte. Wie jetzt Faulstroh die IG-Metall, so hatten damals die Spediteure die Gewerkschaft Transport und Verkehr auf Schadenersatz verklagt. Sie kamen aber nicht durch, weil sie den Gewerkschaften den Vorsatz der Behinderung von Arbeitswilligen nicht nachweisen konnten.

Die Streikaktion gegen das Gerauer Werk sei aber eine zum Schadenersatz verpflichtende Handlung gewesen — so argumentierten die Faulstroh-Juristen jetzt in ihrer Klage, „weil die von der Gewerkschaft ergriffenen und geduldeten Maßnahmen wegen der Verwerflichkeit der Mittel sittenwidrig waren.“

Wie die unerlaubten und sittenwidrigen Handlungen aussahen, die die IG-Metall beim Streik in Groß-Gerau begehen ließ, erläuterte die Firma Faulstroh in ihrer Klage: „Die Streikposten sind nicht berechtigt, körperliche Gewalt gegen die Arbeitswilligen anzuwenden, sondern es steht ihnen lediglich das Recht zu, moralisch und psychologisch auf die arbeitswilligen Arbeitnehmer einzuwirken. In dem vorliegenden Fall liegt zweifellos eine klare Nötigung und damit eine unerlaubte Kampfhandlung vor.“

Nach § 826 BGB verlangte das Stanzwerk der Gebrüder Faulstroh deshalb von der IG-Metall 7602 DM Schadenersatz. Der § 826 BGB heißt: „Wer in einer gegen die guten Sitten verstößenden Weise einem anderen vorsätzlich Schaden zufügt, ist dem anderen zum Ersatz des Schadens verpflichtet.“

Den ganzen Winter hindurch bis in den Mai hinein zogen sich die Verhandlungstermine vor dem Darmstädter Arbeitsgericht hin. Otto und Albert Faulstroh hatten die einzelnen Phasen des Streiks von ihrem Badezimmer aus fotografiert und die Bilder — in Albumform — dem Gericht präsentiert. Als so die Beweise für die Behinderung von Arbeitswilligen auf dem Tisch lagen, bestritt die IG-Metall den Vorsatz: sie habe keine Kontrolle mehr über die Streikposten gehabt.

Doch Faulstrohs Anwalt Dr. Karl Lenhardt trat darauf selbst als Zeuge auf: Bei den Schlichtungsverhandlungen in Schöneberg im Taunus habe ihm der Metallgewerkschaftssekretär Eigk selbst wörtlich gesagt: „Ob die Firma Faulstroh bestreikt wird oder nicht, entscheide allein ich.“ Das sei doch der beste Beweis dafür, daß die

Gewerkschaft die Streikmassen genügend in der Hand hatte.

Erst Stunden vor dem schließlich vom Arbeitsgericht Darmstadt festgesetzten Urteilsverkündungstermin gab die IG-Metall sich geschlagen und nahm den Vergleich an, den das Gericht schon vier Wochen vorher zur Debatte gestellt und den die Firma Faulstroh schon akzeptiert hatte: Die IG-Metall zahlt ohne Anerkennung eines Rechtsanspruchs an die Firma Jakob Faulstroh 6000 DM.

Otto Faulstroh in Groß-Gerau, der die unerwartet eingenommenen 6000 DM seinen Arbeitern gab, meinte zu dem Ergebnis nur: „Die anderen haben eben keine Courage, sich mit den Leuten einzulassen.“



Vom Badezimmer fotografiert
Streik bei Faulstroh

ADENAUER-ATTENTAT

Jeder Raubmord lieber

In der Remise der zerbombten Villa Selve am Ufer des Rheins, Bonn, Koblenzer Straße 139, sitzt Dr. Josef Ochs, 47, und erwartet tagtäglich eine Kuriersendung aus München.

Josef Ochs ist Kriminalrat in der Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamtes, die hier, in dem verwilderten Herrschaftspark, Zaun an Zaun mit Konrad Adenauers gepflegtem Palais-Schaumburg-Garten, ihr Hauptquartier aufgeschlagen hat. Der Bericht, den er erwartet, ist das Ergebnis der kriminaltechnischen Untersuchung über das mißglückte Kanzler-Attentat vom 27. März.

Hundertsiebenzehn Tage ist es jetzt her, seit an jenem Donnerstagnachmittag im März ein Mann mit Koteletten und nikotingebraunten Fingern vor dem Münchner Hauptbahnhof zwei Schlingeln 3 DM und ein Päckchen an Konrad Adenauer in die Hand drückte mit dem Auftrag, es zur Post zu bringen.

Kurze Zeit später stolperten die aufgeweckten Münchner Jungen über die Schwelle des Polizeipräsidiums. Der grippekranke Sprengmeister und Familienvater Karl Reichert wurde aus dem Bett geholt, um das Paket zu öffnen. Es explodierte und Reichert wurde zerrissen.

Zwanzig Minuten nach der Detonation waren die ersten Experten des Zentral-

amtes für Kriminalidentifizierung München, Türkenstraße 4, am Tatort. Heute, nach fast vier Monaten, werden von ihnen die letzten Korrekturen an dem Bericht über das Attentat vorgenommen, auf den der die Untersuchung leitende Kriminalrat Dr. Ochs in der Remise zu Bonn wartet.

Die Untersuchungsergebnisse füllen bisher zwölf dicke Leitz-Ordner. 1400 Mitteilungen der Bevölkerung wurden geprüft, 10 000 Plakate gedruckt und 25 naturgetreue Nachbildungen der kobaltblauen Buchkassette, in die der Sprengstoff gesteckt war, angefertigt und ausgestellt. 15 000 DM Belohnung wurden ausgesetzt, 200 verdächtige Personen vorübergehend festgenommen. Das alles würde in einem normalen Kriminalfall à la Halacz ausreichen, den Täter aufzuspüren. Nicht so beim Kanzler-Attentat. Noch immer ist das Ergebnis plus-minus-null.

Johannes Schmid, Leiter des Münchner Morddezernats und Oberamtmann, sagt: „Befriedigt sind wir von unserer bisherigen Arbeit nicht. Jeder, auch der kleinsten Spur wird nachgegangen, noch immer läuft die Fahndung auf vollen Touren. Aber jeder Raubmord wäre uns lieber. In den dreizehn Jahren, in denen ich im Amt bin, hat mir noch nie ein Fall soviel Arbeit gemacht.“

Auf Grund der hundertsiebenzehntägigen Untersuchungsarbeit hat das Bonner Bundeskriminalamt bisher folgende Schlüsse ziehen können: Es handelt sich nicht um eine Dilettantenarbeit, sondern um eine Routinearbeit. Die Tat kann nicht von einem Einzelgänger begangen worden sein, sondern es sind mehrere Personen daran beteiligt gewesen. Kriminalrat Dr. Josef Ochs ergänzt: „Bemerkenswert intelligente Burschen.“

Diese Intelligenz wiederum, zusammen mit dem Fehlen jeglichen privaten Motivs für einen Anschlag gegen Dr. Adenauer, und zusammen mit dem Nicht-Verfangen der 15 000-DM-Belohnung („bei einer kriminellen Bande hätten die wahrscheinlich eine weiche Stelle getroffen“) beweist den politischen Hintergrund: Die Attentäter waren sich von vornherein darüber klar, daß ihr Paket auch in dem für sie günstigsten Falle nicht von Kanzler Adenauer, sondern höchstens im Palais Schaumburg geöffnet werden konnte. Sie wollten also gar nicht den Kanzler-Tod, sondern einen politischen Eklat.

Welche extreme Personengruppe nun Interesse an einem politischen Eklat haben könnte, zu einer Zeit, da im Haag die deutsch-israelischen Wiedergutmachungsverhandlungen vorangingen, darüber hütet man sich in Bonn öffentliche Schlüsse zu ziehen. Das Bundeskriminalamt, sonst keineswegs pressefeindlich, weigert sich, auf zwei Fragen zu antworten:

- Wird die anfänglich von einem Beamten abgegebene Behauptung aufrecht erhalten, daß keine Hinweise für einen Zusammenhang bestehen zwischen dem Münchner Anschlag und den Attentatsversuchen auf die deutsche Wiedergutmachungsdelegation im Haag?)
- Ist der Sprengstoff, der sich in den Briefen an die deutschen Den-Haag-Delegationsmitglieder befand, identisch mit dem Sprengstoff des Münchner Attentats?

Die zuständigen Bundesbehörden lehnen es „aus politischen Gründen“ einstweilen ab, das Untersuchungsergebnis zu veröffentlichen.

*) Die israelische Delegation mahnte bei den Wiedergutmachungsverhandlungen ihre deutschen Verhandlungspartner zur Vorsicht vor möglichen Sprengstoffanschlägen in Israel verbotener extremer jüdischer Organisationen, die Verhandlungen zwischen der deutschen und israelischen Regierung stören wollen.